

Gernot Hutschenreiter

Regionalförderung unter neuen Rahmenbedingungen

Mit der Regionalen Innovationsprämie (RIP) wurde erstmals ein regionalpolitisches Förderinstrument seit seiner Schaffung begleitend evaluiert. Der vorliegende Artikel stellt einige wichtige Ergebnisse der umfassenden Studie¹⁾ des WIFO zusammen und zieht Schlußfolgerungen für die künftige Ausgestaltung des regionalpolitischen Förderinstrumentariums im Licht der durch technischen Fortschritt, europäische Integration und Ostöffnung veränderten Rahmenbedingungen.

In den sechziger Jahren versuchten die Industrieländer, die Industrieproduktion in peripheren Regionen auszuweiten. Zur Unterstützung dieses Prozesses stellte die öffentliche Hand Ansiedlungsförderungen und Investitionen in die Infrastruktur bereit. Die „fordistische“ Massenproduktion bildete die Grundlage für die Expansion der Industrieproduktion in peripheren Regionen, sofern billige Arbeitskräfte und Transportmöglichkeiten in ausreichendem Maß zur Verfügung standen (Hilpert, 1991, S. 4).

Ausgangsbedingungen für die „Regionale Innovationsprämie“

Mit den Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung geriet dieses Modell unter Anpassungsdruck, der zum Teil gegenläufige Tendenzen (Rekonzentration, Nutzung von Agglomerationsvorteilen, Tendenz zur Headquarter Economy) auslöste. Ende der siebziger Jahre versiegten einerseits die arbeitskosteninduzierten Betriebsverlagerungen in entwicklungsschwache periphere Gebiete, andererseits wurden die „alten Industriegebiete“ von der Krise der Grundstoffindustrie erfaßt. Die österreichische Wirtschaftspolitik reagierte auf die neue Problemlage unter anderem mit einem Ausbau der regionalen Wirtschaftsförderung. Dabei kam den gemeinsamen regionalen Sonderförderungsaktionen (SFA) des Bundes und der Länder quantitativ die größte Bedeutung zu (Aiginger et al., 1989). Als die Sonderförderungsaktionen Ende der achtziger Jahre ausliefen, stand die regionale Wirtschaftspolitik vor folgenden neuen Rahmenbedingungen:

— Im Lauf des Jahrzehnts hatte sich in den Industrieländern der Schwerpunkt der Industriepolitik von defensiven zu offensiven, Strukturanpassungen fördernden Maßnahmen und Instrumenten verlagert („structural adjustment“). Dadurch entstand ein Bedarf zur Gewährleistung der strukturellen Verträglichkeit und

zur stärkeren Innovationsorientierung der Regionalförderung. Einerseits ist die Regionalförderung zwar von der Technologieförderung abzusetzen, da sie deren hohe Standards in der Regel nicht halten kann, ohne daß ihre primäre regionalpolitische Funktion beeinträchtigt wird. Andererseits ist sicherzustellen, daß die Regionalförderung nicht übergeordnete strukturpolitische Ziele unterläuft. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis,

das die Förderungspolitik in geeigneter Weise zu lösen hat (Beirat, 1991, S. 30).

— Das wirtschaftspolitische Umfeld verändert sich angesichts der von der Realisierung des EG-Binnenmarktes erwarteten Effekte (Bayer, 1991). Mittelfristig war darüber hinaus ein Bedarf zum Umbau des Förderungssystems im Lichte der Beihilfenregelungen der EG absehbar.

In den achtziger Jahren haben sich die Anforderungen an die strukturelle Verträglichkeit der regionalpolitischen Instrumente erhöht.

— Die anhaltende, sich tendenziell verstärkende Konkurrenz der im Industrialisierungsprozeß stehenden Entwicklungs- und Schwellenländer betrifft insbesondere Produktfelder, die in der Wirtschaftsstruktur der Problemregionen großes Gewicht haben.

— In den Industrieländern (OECD, 1989, 1990) und darüber hinaus (siehe etwa UNCTAD, 1989) wurde eine Neubewertung der Rolle der produktionsnahen Dienstleistungen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß vorgenommen. Dienstleistungen waren lange „Aschenbrödel der Regionalpolitik“ (Marshall — Bachtler, 1987, S. 471) und nicht nur dieser. Erst in jüngster Zeit wird der originäre Beitrag, den produktionsnahe Dienstleistungen (etwa Design, Software) zur Wettbewerbsfähigkeit

¹⁾ Gernot Hutschenreiter, Die Regionale Innovationsprämie – Eine begleitende Evaluierung, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Wien, 1993 (170 Seiten, S. 500 —; Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Hoizer, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel. (1) 78 26 01/282, Fax (1) 78 93 86).

Gemeldete Aufwendungen für Industrieförderung im OECD-Bereich

Übersicht 1

	Insgesamt	Net Cost to Government der gemeldeten Programme			Relation zur Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie In %
		Mit direkten Finanzierungs- instrumenten	Aus dem Steueraufkommen	Insgesamt ¹⁾	
		Mill \$		1986 = 100 real	
1986	74 590	25 318	49 272	100	3,3
1987	68 140	28 880	39 260	89	2,6
1988	66.870	36.061	30.809	84	2,3
1989	53 130	27 420	25 710	64	1,8

Q: OECD Industrial Subsidies Database March 1992; OECD (1992). Die „Net Cost to Government“ entsprechen annähernd den über die gemeldeten Programme vergebenen Netto-subsidienten; sie geben aber aufgrund der verbleibenden Unzulänglichkeiten des Datenumfanges und in der Methodologie nicht den tatsächlichen Gesamtumfang der Subventionen wieder. — ¹⁾ Zur Deflationierung der nationalen Aufwendungen wurden jährliche BIP-Deflatoren verwendet. Zur Deflationierung länderübergreifender Aufwendungen wurden die in Dollar konvertierten nationalen Nettokosten mit dem jährlichen BIP-Deflator für die USA deflationiert

higkeit der Sachgüterproduktion leisten, anerkannt Mit diesem Wandel der Sichtweise wurde von produktions-nahen Dienstleistungen auch ein Beitrag zur Lösung der Probleme peripherer Regionen erwartet (Coffey — Polese, 1989, Coffey — McRae, 1989, O'Farrell — Hit-chens, 1990) Ein in Qualität und Kosten adäquates Angebot produktionsnaher Dienstleistungen trägt zur Schaffung und Erhaltung regionaler komparativer Vor-teile bei und erleichtert die zügige Anpassung der Un-ternehmen an angebots- und nachfrageseitige Markt-veränderungen.

stellen Ein markantes Merkmal dieser Strukturverände-rung der Förderungsströme ist der Rückgang der Allge-meinen Investitionsförderung zwischen 1986 und 1989 (von 55% auf 28%) zugunsten von Subventionen mit spezi-fischeren ökonomischen Zielsetzungen. Zu den haupt-

Regionalprogramme haben in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in den OECD-Ländern innerhalb der Industrieförderung an Gewicht gewonnen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Internationale Trends der Subventionsströme

Die neuen Prioritäten schlagen sich in der Struktur der Förderungsströme nieder Nach einer Studie der OECD²⁾ waren die gemeldeten Nettokosten (Net Costs to Govern-ment) der erfaßten Industrieförderungsprogramme im OECD-Bereich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre insgesamt rückläufig (Übersicht 1) Dies betrifft sowohl das reale Niveau der Industrieförderung als auch den An-teil der Förderungen an der Wertschöpfung in der verar-beitenden Industrie der OECD — er sank von 3,3% im Jahr 1986 auf 1,8% im Jahr 1989.

sächlichen Gewinnern dieser Entwicklung zählt die Regio-nalförderung Entfielen auf Regionalentwicklungsprogram-me 1986 13,7% der gemeldeten Nettokosten, so waren es 1989 bereits 22,2% (Übersicht 2). Nur die Exportförderun-gen erfuhren — trotz zahlreicher Versuche zu ihrer Ein-dämmung — eine vergleichbare Aufwertung Anteilsgewinne erzielten in den OECD-Ländern darüber hinaus die Programme zur Förderung von Forschung und Entwick-lung, von Klein- und Mittelbetrieben und der Ausbildung sowie sektororientierte Programme. Die gestiegene Be-deutung der Regionalförderung im Förderungssystem der Industrieländer wird somit durch das OECD-Projekt empi-risch bestätigt. Der EG-Integrationsprozeß läßt eine Fort-setzung dieses Trends erwarten

Beträchtliche Verschiebungen sind in der Verteilung der Mittel auf verschiedene wirtschaftspolitische Ziele festzu-

Mit dem 1990 bis 1992 laufenden Programm der „Regiona-len Innovationsprämie“ (RIP) wurde erstmals in Österreich

Ziele der gemeldeten Aufwendungen im OECD-Bereich

Übersicht 2

	Programme			Net Cost to Government							
	Insgesamt	Net Cost to Government verfügbar ¹⁾	Je Pro-gramm	1986	1987	1988	1989	1986	1987	1988	1989
	Anzahl	Mill \$	Mill \$	Mrd \$				Anteile in %			
Sektororientierte Programme	130	118	44	4,4	6,3	5,8	4,1	5,9	9,2	8,6	7,7
Krisenhilfe	37	29	45	1,8	2,0	0,7	0,7	2,4	2,9	1,1	1,3
Förderung von Forschung und Entwicklung	159	144	46	6,7	7,4	6,2	6,1	9,0	10,9	9,4	11,5
Regionalentwicklung	162	136	84	10,2	11,7	11,9	11,8	13,7	17,2	17,8	22,2
Allgemeine Investitionsförderung	123	91	290	40,9	25,2	24,4	15,0	54,7	37,0	36,6	28,3
Programme für kleine und mittlere Unternehmen	117	87	33	2,5	3,1	3,2	2,8	3,3	4,6	4,8	5,2
Beschäftigungs- und Ausbildungs-förderung	60	54	44	1,9	2,0	3,6	2,0	2,6	2,9	5,4	3,8
Exportförderung	91	80	119	6,3	10,3	10,9	10,5	8,4	15,2	16,4	19,9
Insgesamt	879	739	89	74,6	68,1	66,9	53,1	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: OECD Industrial Subsidies Database March 1992; OECD (1992) — ¹⁾ Für mindestens ein Jahr

²⁾ Im Rahmen des OECD-Projekts „Subsidies and Structural Adjustment“ wurde eine Datenbasis über 879 Industrieförderungsprogramme, darunter 162 Regional-entwicklungsprogramme von 22 Mitgliedsländern sowie der EG-Kommission aufgebaut (OECD, 1992 S 15f). Trotz einer Reihe verbleibender Probleme in bezug auf Vollständigkeit und Methode ist diese Datenbasis die wohl umfangreichste und systematischste ihrer Art

ein Regionalförderungsprogramm begleitend evaluiert. Ausgangspunkt jeder Evaluierung ist ein impliziter oder expliziter Katalog der Ziele, die mit dem Programm verfolgt werden. Im Fall der Regionalen Innovationsprämie nennen

Ziele der Regionalen Innovationsprämie

die Richtlinien als Ziele, „die wirtschaftliche Erneuerung alter Industriegebiete zu unterstützen“ und „einen Beitrag zur Strukturverbesserung und zum wirtschaftlichen Wachstum peripherer Regionen zu leisten“. Erreicht werden sollten diese Ziele durch „die Förderung bestehender Betriebe zur Stärkung der regionsinternen Kräfte“ sowie durch „die Unterstützung von Unternehmensgründungen und qualifizierten Betriebsansiedlungen“.

Förderungsschwerpunkte lagen gemäß Richtlinien in den alten Industriegebieten „vor allem in Maßnahmen zur Forcierung von Innovation sowie in Maßnahmen zur Strukturverbesserung“, in den peripheren Regionen „darüber hinaus in qualifizierten Kapazitätserweiterungsmaßnahmen“ und in den „Z-Gebieten“ „... in besonders qualifizierten Maßnahmen zur Strukturverbesserung“³⁾.

Die Gestaltung der Regionalen Innovationsprämie läßt die Intention erkennen, in der Regionalförderung strukturpolitische Gesichtspunkte verstärkt zum Tragen zu bringen, der unterschiedlichen Ausgangs- und Problemlage entsprechend differenzierte Förderungsstrategien für verschiedene Regionstypen (periphere Gebiete, alte Industriegebiete) einzuschlagen und produktionsnahe Dienstleistungen explizit in die Förderaktivitäten einzubeziehen.

Ein im Zuge der begleitenden Evaluierung erarbeitetes Schema zur Bewertung von Projektanträgen sollte sowohl die stärkere Einbeziehung strukturpolitischer Gesichtspunkte und die Differenzierung der Förderungsstrategie nach Regionstypen gewährleisten als auch generell die Transparenz der Förderung (Aiginger — Hutschenreiter, 1991) erhöhen. Ausgehend von den Erfahrungen mit der Top-Aktion (Aiginger — Bayer, 1982) wurde ein modifiziertes Beurteilungsverfahren für die Regionale Innovationsprämie entwickelt, das *einerseits* die strukturpolitische Dimension explizit in die Projektbeurteilung einbeziehen und *andererseits* der unterschiedlichen regionalwirtschaftlichen Ausgangs- und Problemlage und der im Rahmen der Regionalen Innovationsprämie intendierten regionsspezifischen Differenzierung der Förderungspraxis Rechnung tragen sollte. Das Verfahren unterstützt eine differenzierte Beurteilung der eingereichten Projekte nach dem Projektstandort, was grundsätzlich auf zweifache Weise gewährleistet wird:

1. Die Erfüllung quantitativer Kriterien wird anhand regionalisierter Vergleichskennzahlen gemessen⁴⁾
2. Einzelne Kriterien gehen mit unterschiedlichem Gewicht in die Gesamtbeurteilung des Projekts ein. So wird z. B.

Hauptdaten und Kennzahlen zur Regionalen Innovationsprämie

Übersicht 3

Stichtag: 1. März 1993

Geförderte Projekte		173
Genehmigte Förderungen	Mill. S	531
Projektkosten	Mill. S	4 971
Neue Arbeitsplätze		1 890
Förderungsintensität ¹⁾	In %	10,7
Förderungsvolumen je Projekt	1 000 S	3 069
Durchschnittliche Projektkosten	1 000 S	28 734
Projektkosten je neuen Arbeitsplatz	1 000 S	2 630

Q: ERP-Fonds, eigene Berechnungen — ¹⁾ Genehmigte Förderungsmittel in % der förderbaren Projektkosten

dem innovativen Gehalt eines Projekts in Zentralräumen oder alten Industriegebieten ein höheres Gewicht beigegeben als etwa in Randgebieten; umgekehrt werden die Beschäftigungseffekte eines Projekts in Randgebieten höher bewertet als etwa in Zentralräumen.

Wirkungen der Regionalen Innovationsprämie

Bis zum Stichtag der Untersuchung wurden im Rahmen der Regionalen Innovationsprämie (ohne Tourismus) insgesamt 173 Projekte mit einem Förderungsvolumen von 531 Mill. S gefördert (Übersicht 3). Ihr förderbares Investitionsvolumen betrug rund 5 Mrd. S. Im Rahmen der geförderten Projekte wurden insgesamt 2.890 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dazu kamen drei Projekte im Bereich des Tourismus. Bei durchschnittlichen Projektkosten (förderbaren Investitionen) von 30,3 Mill. S und einem durchschnittlichen Förderungsvolumen von 3,1 Mill. S pro Projekt erreichte die Förderungsintensität⁵⁾ 10,7%. Die durchschnittlichen Investitionen pro Projekt haben damit etwa dieselbe Größenordnung wie im Fall der Sonderförderungsaktionen in den achtziger Jahren. Die durchschnittliche Förderungsintensität und damit die potentielle Anreizwirkung ist etwas gestiegen. Rund doppelt so hoch wie im Rahmen der Sonderförderungsaktionen sind jedoch die Investitionen je neuen Arbeitsplatz (2,6 Mill. S). Die höhere Kapitalintensität der Projekte entspricht der gegenüber den Sonderförderungsaktionen geänderten Zielsetzung der Regionalen Innovationsprämie (Abgehen von der „Pro-Kopf-Arbeitsplatzprämie“ als primärem Förderungsinstrument).

Technische Verarbeitung und Bauzulieferung wichtigste Förderungsadressaten

Rund 42% der Förderungsmittel kamen über die gesamte Laufzeit (1990/1992) dem Sektor der technischen Verarbeitung zugute (davon etwas weniger als die Hälfte der in ihrer Zusammensetzung inhomogenen Eisen- und Metallwarenindustrie), auf den auch mehr als die Hälfte der neu geschaffenen Arbeitsplätze entfielen (Übersicht 4). An zweiter Stelle folgt der Bauzulieferungsbereich (und hier vor allem die Holzverarbeitung) mit einem Anteil von rund

³⁾ Die „Z-Gebiete“ umfassen die Standorträume Eisenstadt und Graz sowie den Kärntner Zentralraum.

⁴⁾ Die quantitativen und qualitativen Beurteilungskriterien umfassen folgende Hauptgruppen: 1 Unternehmen I (Dynamik) 2 Unternehmen II (strukturpolitische Einordnung) 3 Projekt 4 Produkt und Markt 5 regionale Aspekte 6 Nebenaspekte

⁵⁾ Anteil der Förderungen aus Mitteln der Regionalen Innovationsprämie an den förderbaren Projektkosten

Hauptdaten nach Industriezweigen zur Regionalen Innovationsprämie

Übersicht 4

	Geförderte Projekte		Genehmigte Förderungsmittel		Projektkosten		Neue Arbeitsplätze	
	Anzahl	Anteile in %	1 000 S	Anteile in %	1 000 S	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Basissektor	8	4,6	29 700	5,6	252 740	5,1	75	4,0
Papierzeugende und -verarbeitende Industrie	5	2,9	13 800	2,6	130 950	2,6	25	1,3
Erdölindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenerzeugende Industrie NE-Metallindustrie	1	0,6	2 900	0,5	28 600	0,6	0	0,0
Gießereindustrie	2	1,2	13 000	2,5	93 190	1,9	50	2,6
Bauzulieferung	41	23,7	141 199	26,6	1 444 127	29,1	349	18,5
Säge holzverarbeitende Industrie	28	16,2	92 179	17,4	703 527	14,2	316	16,7
Stein- und keramische Industrie	9	5,2	28 240	5,3	483 675	9,7	28	1,5
Glasindustrie	4	2,3	20 780	3,9	256 925	5,2	5	0,3
Chemische Industrie	19	11,0	74 347	14,0	800 384	16,1	202	10,7
Traditionelle Konsumgüter	19	11,0	36 690	6,9	310 938	6,3	146	7,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	7	4,0	12 750	2,4	107 755	2,2	31	1,6
Textilindustrie	7	4,0	15 953	3,0	148 895	3,0	0	0,0
Bekleidungsindustrie	3	1,7	5 365	1,0	30 418	0,6	110	5,8
Lederzeugende und -verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—
Graphisches Gewerbe	2	1,2	2 623	0,5	23 870	0,5	5	0,3
Technische Verarbeitung	70	40,5	223 040	42,0	1 988 267	40,0	999	52,9
Maschinen- und Stahlbauindustrie	25	14,5	70 698	13,3	520 275	10,5	346	18,3
Eisen- und Metallwarenindustrie	35	20,2	106 402	20,1	1 113 665	22,4	359	19,0
Elektro- und Elektronikindustrie	9	5,2	41 270	7,8	327 627	6,6	254	13,4
Fahrzeugindustrie	1	0,6	4 670	0,9	26 700	0,5	40	2,1
Industrie und verarbeitendes Gewerbe	157	90,8	504 976	95,2	4 796 457	96,5	1 771	93,7
Dienstleistungen	14	8,1	14 845	2,8	78 845	1,6	115	6,1
Bergwerke	1	0,6	10 000	1,9	90 170	1,8	0	0,0
Bauwirtschaft	1	0,6	700	0,1	5 050	0,1	4	0,2
Insgesamt	173	100,0	530 521	100,0	4 970 522	100,0	1 890	100,0

Q: ERP-Fonds eigene Berechnungen

27% der Förderungsmittel. Die chemische Industrie beanspruchte 14% und der traditionelle Konsumgüterbereich (Nahrungs- und Genußmittel-, Textil-, Bekleidungs-, Lederindustrie, Graphisches Gewerbe) weniger als 7% der Mittel. Dies ist insofern bemerkenswert, als der traditionelle Konsumgütersektor (insbesondere die Textil- und Bekleidungsindustrie) in den Sonderförderungsaktionen eine viel bedeutendere Rolle als Förderungsadressat gespielt hatte. Der relativ geringe Anteil der traditionellen Konsumgüterbranchen ist zumindest teilweise durch die schärferen Anforderungen der Regionalen Innovationsprämie bedingt. Der insgesamt wenig dynamische Basissektor kam im Rahmen der Regionalen Innovationsprämie mit 8 Projekten zum Zug (davon 5 in der Papierindustrie) und spielte mit einem Anteil von 5,6% der Förderungsmittel eine untergeordnete Rolle. Die Verstaatlichte Industrie war mit zwei Projekten und einem Förderungsvolumen von 11 Mill. S beteiligt.

Eine der markantesten Änderungen gegenüber der alten Regionalförderung war die explizite Einbeziehung der produktionsnahen Dienstleistungen. Die Förderung von Dienstleistungsunternehmen blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt wurden im Rahmen der Regionalen Innovationsprämie 14 Dienstleistungsprojekte gefördert. 14,8 Mill. S bzw. 2,8% der Förderungsmittel gingen an den Dienstleistungsbereich. An den neugeschaffenen Arbeitsplätzen haben die Dienstleistungsunternehmen jedoch entsprechend ihrer höheren Arbeitsintensität einen größeren Anteil (6,1%).

Die Förderungsintensität war zwischen den Industriesektoren relativ ausgeglichen. Die in Zusammenhang mit den regionalen Sonderförderungsaktionen geäußerte Befürchtung einer stärkeren Anreizwirkung inferiorer Projekte mit geringer Kapitalausstattung erscheint für die Regionale Innovationsprämie nicht mehr zutreffend. Deutlich höher als im Durchschnitt der Industrie ist die Anreizwirkung erwartungsgemäß im Bereich der Dienstleistungsunternehmen (Förderungsintensität von 19%).

Klein- und Mittelbetriebe im Zentrum der Förderung

Die Regionale Innovationsprämie ist überwiegend eine Klein- und Mittelbetriebsförderung. Ein Schwerpunkt lag im *mittelbetrieblichen* Bereich (100 bis 499 Beschäftigte am Projektort), auf den nahezu die Hälfte der Förderungsmittel entfällt. Insgesamt wurden nur fünf Großbetriebe mit über 500 Beschäftigten am Projektort gefördert, auf sie entfielen knapp unter 10% der Förderungsmittel. Ein zweiter Schwerpunkt lag bei Klein- und Kleinstbetrieben (einschließlich Neugründungen) unter 50 Beschäftigten (32% der Förderungsmittel); sie schufen nahezu 45% der neuen Arbeitsplätze. Die Förderungsintensität nimmt — abgesehen von einem Sonderfall — mit der Betriebsgröße kontinuierlich ab. Die Kleinstbetriebe (einschließlich Neugründungen) unter 20 Beschäftigten kamen auf eine Förderungsintensität von über 15%, Betriebe zwischen 500 und 999 Beschäftigten auf unter 9%. Die durchschnittlichen Projektkosten je neugeschaffenen Arbeitsplatz steigen kontinuierlich mit der Betriebsgröße.

Hauptdaten zur Regionalen Innovationsprämie nach Industrieregionstypen

Übersicht 5

	Geförderte Projekte		Genehmigte Förderungsmittel		Projektkosten		Neue Arbeitsplätze	
	Anzahl	Anteile in %	1 000 S	Anteile in %	1 000 S	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Skalenertragsorientierte Zentralräume	9	5,2	24 370	4,6	200 106	4,0	67	4,6
Spezialisierte Zentralräume	15	8,7	49 383	9,3	392 415	7,9	196	10,4
Alte Industriegebiete	23	13,3	63 615	12,0	459 175	9,2	195	10,3
Ressourcenorientierte Verdichtungsräume	27	15,6	52 971	10,0	533 172	10,7	193	10,2
Arbeitsintensive Verdichtungsräume	44	25,4	167 047	31,5	1 854 935	37,3	567	30,0
Moderne Randgebiete	22	12,7	92 806	17,5	754 220	15,2	407	21,5
Stationäre Randgebiete	33	19,1	80 330	15,1	776 499	15,6	245	13,0
Insgesamt	173	100,0	530 521	100,0	4 970 522	100,0	1 890	100,0

Q: ERP-Fonds eigene Berechnungen

Die Richtlinien der Regionalen Innovationsprämie sahen eine Differenzierung in periphere Gebiete und alte Industriegebiete vor. In der operationalen Gebietsabgrenzung ist diese Unterscheidung nicht explizit enthalten. Für den vorliegenden Zweck bot sich an, auf eine bestehende Ab-

Schwerpunkt der Förderung bei „Verdichtungsändern“

grenzung zurückzugreifen. Die Wahl fiel auf den nunmehr akkordierten österreichischen Vorschlag für die Zielgebiete der EG-Strukturfonds. Dabei wurden die Zielgebiete von Ziel 1 („Förderung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“, in Österreich das Gebiet des Burgenlandes) und Ziel 5b („Entwicklung des ländlichen Raumes“) mit „peripheren Gebieten“ und die Zielgebiete von Ziel 2 („Industriegebiete mit Umstellungsproblemen“) mit „alten Industriegebieten“ gleichgesetzt. Die Förderungsgebiete der Regionalen Innovationsprämie und der Vorschlag für die EG-Strukturfonds sind erwartungsgemäß nicht identisch, überlappen sich jedoch weitgehend.

Nach dieser Gebietsunterteilung flossen ein Drittel der Förderungsmittel an alte Industriegebiete und etwas weniger als zwei Drittel an periphere Gebiete. Die Förderungsintensität war mit 12,2% in alten Industriegebieten etwas höher als in peripheren Gebieten (10%). Dies hängt mit den in alten Industriegebieten sogar niedrigeren durchschnittlichen Projektkosten zusammen. Die Kapitalintensität der Projekte, gemessen an den Projektkosten je neuen Arbeitsplatz, ist zwischen den beiden Regionstypen bemerkenswert ausgeglichen. Der Umstand, daß in den alten Industriegebieten außerordentlich kapitalintensive Projekte nicht mehr dominieren, kann unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung des Strukturwandels durchaus positiv gesehen werden.

Unter funktionalen regionalpolitischen Gesichtspunkten ist eine detailliertere Untersuchung der regionalen Verteilung der Regionalen Innovationsprämie-Aktivitäten von Interesse. Für diesen Zweck erschien die Klassifikation der Industrieregionstypen nach *Palme* (1989) geeignet, welche Standorte mit ähnlichen Entwicklungsbedingungen für die Industrie zusammenfaßt. Danach floß der Großteil der im Rahmen der Regionalen Innovationsprämie vergebenen Förderungsmittel (42%) in (ressourcenorientierte oder arbeitsintensive) Verdichtungsänder (Übersicht 5). Randgebiete (ob „stationär“ oder „modern“) partizipierten dagegen in deutlich geringerem Umfang, nämlich zu 33% an den Mitteln der Regionalen Innovationsprämie. Der Anteil der (skalenertragsorientierten und spezialisierten) Zentral-

räume an den Förderungsmitteln ist mit 14% etwas höher als jener der alten Industriegebiete (12%). Die „Z-Gebiete“, deren Einbeziehung in das Förderungsgebiet nicht unproblematisch ist, wurden in der Praxis nur in geringem Umfang gefördert.

Die regionale Verteilung der Förderungsaktivitäten deckt sich nicht unbedingt mit den Erwartungen, die sich an den in den Richtlinien festgelegten Schwerpunkten der Regionalen Innovationsprämie, nämlich alten Industriegebieten und peripheren Regionen, orientieren. Auf Grundlage der Industriegebietsklassifikation gelangt man jedenfalls zu dem Resultat, daß auf alte Industriegebiete und periphere Regionen gemeinsam deutlich weniger als die Hälfte der Förderungsmittel der Regionalen Innovationsprämie entfallen. Der De-facto-Förderungsschwerpunkt bei den Verdichtungsändern, die zum Teil an Entwicklungsschwellen stehen, kann unter *strukturpolitischen* Gesichtspunkten durchaus positiv beurteilt werden. In den Randgebieten greift die Regionale Innovationsprämie allerdings weniger, als aus der bloßen Kenntnis der in den Richtlinien enthaltenen Differenzierung zwischen alten Industriegebieten einerseits und peripheren Gebieten andererseits vermutet werden konnte. Dies hängt damit zusammen, daß in den peripheren Gebieten die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme eines stärker innovationsorientierten Förderungsprogramms in geringerem Umfang gegeben bzw. erst zu schaffen sind. Die strategischen Möglichkeiten werden in diesen Regionen durch den Mangel an dispositiven Unternehmensfunktionen beschränkt.

Rund ein Fünftel der Förderungsmittel wurde für *Neugründungen* ausgegeben, auf die jedoch 42% der neuen Arbeitsplätze entfielen. Insgesamt war die Förderungsintensität von Gründungsprojekten (15%) deutlich höher als von Erweiterungen (10%). Zum Teil ist dies auf die geringe Kapitalintensität der Neugründungen zurückzuführen (im Durchschnitt 0,9 Mill. S je Arbeitsplatz). Dem stehen Investitionen von 3,9 Mill. S je neuen Arbeitsplatz in Erweiterungsprojekten gegenüber.

Insgesamt wurde die Regionale Innovationsprämie der Anforderung der strukturpolitischen Verträglichkeit in höherem Maß gerecht als ihre Vorläuferprogramme.

Im Zuge der Evaluierung der regionalen Sonderförderungsaktionen wurde die Befürchtung ausgesprochen, der Vergabemodus tendiere dazu, bei schwachen Projekten mit geringer Kapitalintensität die höchste Anreizwirkung zu entfalten. Mit dem Abgehen von der „Pro-Kopf-Prämie“

und den höheren Anforderungen an förderbare Projekte wurde dieses Problem zurückgedrängt. Positiv zu beurteilen ist auch die Eindämmung von Mitnahmeeffekten in Gestalt der Förderung kapitalintensiver Großprojekte die das Budget zwar relativ stark belastete, aber nur eine marginale Anreizwirkung hatte

Neue Rahmenbedingungen für die Regionalpolitik

Das Umfeld der Regionalpolitik hat sich während der Laufzeit der Regionalen Innovationsprämie weiter verändert. Die Industrieländer sehen sich einem beschleunigten Strukturwandel, verknüpft mit einer rapiden Umwälzung der Produkt- und Fertigungstechnologien, und einer Verkürzung der Produktlebenszyklen gegenüber. Externe Effekte von Forschungsaktivitäten werden zunehmend sowohl als Erklärung für anhaltende Einkommensdisparitäten und Wachstumsdifferenziale als auch zur Begründung und Gestaltung wirtschaftspolitischer Eingriffe herangezogen (Hahn, 1993A, 1993B). Mit der längerfristigen Umorientierung der Industriepolitik in Richtung Forschungs- und Technologiepolitik (Hutschenreiter, 1993) ist insofern ein nicht zu übersehender Zielkonflikt angesprochen, als die Technologieausrichtung zur Verfestigung regionaler Disparitäten tendiert. Technologieorientierte Förderungsmaßnahmen greifen in erster Linie in jenen Regionen, wo ein entsprechendes technologisches Potential bereits vorhanden ist⁶⁾.

Der Übergang der osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft wird eine tiefgreifende Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung bewirken. Eine Konsequenz der Verschiebung der Arbeitsteilung besteht in der Erhöhung des Anpassungsdrucks sowohl auf die grundstofforientierten alten Industriegebiete als auch auf die großteils in der Nachbarschaft der Oststaaten liegenden entwicklungs-schwachen Gebiete, die abgesehen von Lohnkostenvorteilen nur geringe Standortattraktivität aufweisen. Die Mischung aus Chancen und Bedrohungen durch die Ostöffnung (Aiginger, 1993) fällt regional unterschiedlich aus. Das wirtschaftspolitische Management der Ostöffnung hat in Österreich damit eine ausgeprägte regionalpolitische Dimension.

Die internationale Arbeitsteilung wird auch durch die Integrationsprozesse in Europa nachhaltig verändert. Zu den maßgeblichen Entwicklungen in diesem Zusammenhang zählen die Realisierung des EG-Binnenmarktes⁷⁾, des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), der Verträge von Maastricht (Europäische Union) und die angepeilte EG-Vollmitgliedschaft Österreichs.

Mit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrags kommen in Österreich die wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen der EG,

insbesondere die Beihilfenkontrolle, in vollem Umfang zur Anwendung. Sie sehen ein grundsätzliches Subventionsverbot, aber auch eine Reihe von Ausnahmeregelungen vor, darunter solche, die auf regionalökonomische Sachverhalte Bezug nehmen. Hiezu hat die EG Kriterien für Regionen festgelegt, in denen Regionalförderungen gewährt werden können. Darüber hinaus unterliegen Regionalförderungen künftig der Notifikationspflicht sowie Beschränkungen der Förderungsintensität, durch die auch Kumulierungen hintangehalten werden.

Überdies käme bei einem EG-Beitritt Österreichs das Instrumentarium der Regionalpolitik der EG zur Anwendung⁸⁾. Die aktuelle Reform der EG-Strukturpolitik bewegt sich in dem durch die Maastrichter Verträge über die Europäische Union neu gesteckten Rahmen. Mit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gewinnt das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts an Bedeutung (Tondl, 1993)⁹⁾. In der Folge ist mit einer weiteren Aufwertung der EG-Regionalförderung zu rechnen. Belegt wird dies durch die Budgetpläne der EG. Nach dem Paket Delors II soll das Volumen der EG-Regionalförderung neuerlich kräftig ausgebaut werden, und zwar von derzeit 18,6 Mrd. ECU jährlich auf 29,3 Mrd. ECU im Jahr 1997.

Schlüsse für die weitere Gestaltung des Förderungsinstrumentariums

Die vielleicht wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre lautet, tragfähige Antworten auf die doppelte Herausforderung der österreichischen Wirtschaft durch Ostöffnung und europäische Integration zu finden. Unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen ist mit einer spürbaren Verschärfung des Wettbewerbs an beiden Enden der „Qualitätsleiter“ — sowohl für mit Standardtechnologien erzeugte arbeitskosten- und rohstoffintensive Produkte als auch in technologisch anspruchsvolleren Produktsegmenten — zu rechnen. Die neuen Rahmenbedingungen verstärken den Zwang zur Strukturanpassung erheblich (nicht nur, aber in besonderem Maße in alten Industriegebieten und in entwicklungs-schwachen Regionen) und erfordern eine Erhöhung der „Strukturverträglichkeit“ des wirtschaftspolitischen und insbesondere des regionalpolitischen Instrumentariums.

Seit der Konzipierung der Regionalen Innovationsprämie ist — vor allem aufgrund der aktuellen Entwicklungen in den im Übergang zur Marktwirtschaft befindlichen Nachbarländern — der Toleranzspielraum bezüglich wettbewerbsschwacher Projekte kleiner geworden: Der Anwendung weicherer Kriterien der Projektbeurteilung sind durch die neue Standortkonkurrenz engere Grenzen gesetzt als je zuvor. Eine Rückkehr zur Förderung strukturalpolitisch

⁶⁾ Für Österreich konnte etwa gezeigt werden, daß die Verteilung der Förderungsmittel der Technologieförderung der Bundesregierung 1985/1987 auf die Bundesländer in hohem Maße einfach der regionalen Verteilung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben folgt (Hutschenreiter 1991 S. 74).

⁷⁾ Eine Beurteilung des Binnenmarkt-Projekts aus der Sicht der Regionalpolitik findet sich etwa bei Reuter (1991) und Tödtling-Schönhofer — Tödtling (1991).

⁸⁾ Detaillierte Darstellungen der Struktur- bzw. Regionalpolitik der EG finden sich bei Schoneweg (1991) oder Klodt — Stehn et al. (1992).

⁹⁾ Stellvertretend für die strukturschwachen Mitgliedstaaten hat Spanien auf der Maastrichter Konferenz zusätzliche Mittel gefordert. Andernfalls seien die für die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehenen Konvergenzkriterien nicht erfüllbar (Werner, 1992, S. 586). Die Diskussionen führten zur Einrichtung eines Kohäsionsfonds bis Ende 1993, durch den zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell beigetragen wird* (Art. 130d EWG-Vertrag). Gemäß dem neuen Titel XII des EWG-Vertrags („Transeuropäische Netze“) „trägt die Gemeinschaft zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei“.

wenig anspruchsvoller Projekte ist nicht möglich, Förderungen vom Typ der „Arbeitsplatzprämien“ der ausgelaufenen regionalen Sonderförderungsaktionen nicht mehr anwendbar. Primär arbeitskosteninduzierte Ansiedlungen und Betriebserweiterungen sind unter den neuen Standortkonkurrenzbedingungen nicht mehr zu erwarten.

Mit der neuen Standortkonkurrenz stellt sich die Frage der Ausstattung der Standorte neu. Die Ausstattung mit Infrastruktur (einschließlich „Info-Structure“), Technologie,

Die stärkere Betonung strukturpolitischer Aspekte in der Regionalförderung durch höhere Anforderungen an förderungswürdige Projekte bewirkt eine Verlagerung der Förderungswirkungen in verdichtete Räume. In entwicklungschwachen Randgebieten fehlt vielfach das „Absorptionspotential“ für innovationsorientierte Förderungen. Diese These scheinen die Erfahrungen mit der Regionalen Innovationsprämie zu unterstützen.

Humankapital, produktionsnahen Dienstleistungen und die Stärke regionaler Netzwerke gewinnen gegenüber den in vielen Fällen bedrohten oder bereits verlorenen traditionellen Wettbewerbsvorteilen an Bedeutung. Im Bereich der Standortförderung entstehen damit neue Aufgaben. Zu ihrer Finanzierung ist eine deutliche Aufwertung der Dotierung der Standortförderung gegenüber der traditionellen Förderung von Investitionsprojekten einzelner Betriebe zu empfehlen.

Die Unternehmensförderung könnte (im Unterschied zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung) forciert zur Stärkung lokaler und regionaler Kooperationsnetzwerke z. B. in den Bereichen Absatz und Marketing, betriebliche Organisation, Qualifikation und Innovation (Cuny — Stauder, 1993) eingesetzt werden. Innovations- und Beratungszentren sowie Ausbildungseinrichtungen können als Kristallisationspunkte („network hubs“) solcher Kooperationsnetzwerke dienen. Auch in den Gemeinschaftsinitiativen der EG gewinnt die Unterstützung von Unternehmenskooperationen in Netzwerken an Bedeutung. Dieser Ansatz entspricht neueren theoretischen Begründungen für Industriepolitik, die die „Internalisierung externer Effekte“ durch geeignete Arrangements und Institutionen in den Vordergrund stellen (Hahn, 1993A).

Ein wichtiges Aufgabengebiet der öffentlichen Hand ist im Bereich der Innovationszentren und verwandten Einrichtungen zu sehen. Als Standorte solcher Einrichtungen kommen in der Regel verdichtete Regionen mit entsprechenden Entwicklungsansätzen in Frage. Ihre Errichtung sollte nicht isoliert, sondern abgestützt auf regionale Entwicklungskonzepte erfolgen, wie sie auch die EG-Regionalpolitik vorsieht. Der Bund kann in diesem Zusammenhang eine wichtige Koordinationsfunktion übernehmen, um die Abstimmung einerseits mit anderen Politikbereichen (etwa im Bildungssektor) und andererseits in räumlicher Hinsicht (etwa Schwerpunktbildung und Hintanhaltung von „Überversorgung“ mit prestigeträchtigen Einrichtungen) vorzunehmen.

Regionalförderung in alten Industriegebieten ist in erster Linie als Variante der Technologie- und Innovationsförde-

rung mit entsprechender Unterstützung der Infrastruktur sowie von Auslagerungen, z. B. durch Spin-offs und andere Unternehmensgründungen und Ansiedlungen zu konzipieren. Ziele sind das Aufbrechen der Erstarrung in industriellen Monostrukturen, eine Erhöhung der Flexibilität und die Bildung neuer Synergien.

In entwicklungschwachen peripheren Regionen, in denen innovationsorientierte Maßnahmen weniger greifen, bieten sich kleinräumige Entwicklungsstrategien an. Voraussetzung für deren Umsetzung sind detaillierte Entwicklungskonzepte. Kleinräumige Entwicklungskerne könnten dabei als Ausgangspunkt dienen. Zu forcieren ist der „Realtransfer“ von Beratungsleistungen zur Unterstützung der Entwicklungskerne. Die Förderungswürdigkeit von Projekten sollte in Abstimmung mit den regionalen Entwicklungsprogrammen beurteilt werden. Entsprechende Vorschläge wurden etwa von *Palme* (1992) entwickelt. Ein wichtiges Element ist darüber hinaus die Verbesserung der Qualifikationsangebote, die als wesentliche Voraussetzung für künftige Produktivitätssteigerungen anzusehen sind.

Regionalpolitik erfordert unter den neuen Rahmenbedingungen eine Bündelung der Maßnahmen zur Unterstützung räumlicher Schwerpunkte (Entwicklungspole). Der kooperativen Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte kommt dabei, auch in Hinblick auf die Partizipation an den EG-Strukturfonds, eine wichtige Rolle zu.

Die Ostöffnung bietet einerseits neue Chancen, andererseits sind Produktionszweige von der Abwanderung bedroht. Die möglichen Reaktionen auf die neue Situation sind, je nach der konkreten Lage, vielfältig. Aus regionalpolitischer Sicht ist der Erhalt möglichst hochwertiger Unternehmensfunktionen in den österreichischen Problemgebieten anzustreben. Dies ist allerdings häufig schwer zu realisieren. Von der Abwanderung bedrohte außengesteuerte Niedriglohnbetriebe verfügen eben über keine am Standort zu behaltende Forschungs- oder Marketingabteilung. In vielen Fällen werden dennoch günstigere Voraussetzungen gegeben sein, um für ansässige Unternehmen einen neuen Platz in der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung zu finden. Der Prozeß des Auffindens neuer Unternehmens- oder Kooperationsstrukturen könnte durch die öffentliche Hand unterstützt werden. Dabei geht es in diesem Zusammenhang nicht oder zumindest nicht in erster Linie um die Förderung von Investitionsprojekten, sondern letztlich um die Förderung von Unternehmenskonzepten.

Die erhöhte Bedeutung der Standortausstattung, einschließlich der Infrastruktur und „Infostruktur“, erfordert eine Umschichtung der Mittel aus der Förderung der Investitionen einzelner Betriebe. In der Unternehmensförderung haben Unternehmenskooperationen in Netzwerken (z. B. hinsichtlich Marketing, Qualifikation, Innovation) Zukunftschancen.

Der Regionalpolitik stellt sich darüber hinaus die Aufgabe, die Voraussetzungen zu verbessern, damit vor allem die ansässigen Klein- und Mittelbetriebe die Chancen, die die

Ostöffnung bietet, nutzen können. Dazu bieten sich unterschiedliche Kooperationsprojekte an, die eine gemeinsame Nutzung von Standortvorteilen erlauben. Hier könnte eine Stimulierung der grenzüberschreitenden regionalen Kooperation durch Förderung bzw. Bereitstellung spezialisierter Beratungsleistungen ins Auge gefaßt werden. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß eine bessere *gemeinsame* Nutzung der Standortvorteile durch Kooperation und nicht die reine Absiedlung zu Lasten des österreichischen Randgebietes unterstützt wird. Darüber hinaus könnte versucht werden, Schwächen in der Markterschließung jenseits der Grenze zu beseitigen.

Die Möglichkeit zur Förderung von Dienstleistungsunternehmen sollte bestehen bleiben. Ergänzt werden könnte sie durch die Förderung der Inanspruchnahme von Dienstleistungen (immaterielle Komponente der förderbaren Kosten) bzw. durch eine Förderung von öffentlichen Einrichtungen und Beratungsstellen. Bei der Förderung ist die Komplementarität mit der Sachgüterproduktion zu betonen, da es in erster Linie die Synergieeffekte sind, die die Förderungswürdigkeit von Dienstleistungen begründen.

Literaturhinweise

- Aiginger K.** „Ergebnisse einer Unternehmensbefragung über die Ostöffnung“ in Aiginger K. (Koordination) Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung: Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft Teil 2 WIFO Wien 1993 S 29-40
- Aiginger K., Bayer K.** „Die Top-Aktion — Eine neue Form der Investitionsförderung“ WIFO-Monatsberichte 1982 55(10) S 594-605
- Aiginger K., Clement W.** (Koordination), Grundzüge einer Neuen Industriepolitik Zusammenfassung Studie des WIFO und des Industriewissenschaftlichen Instituts an der Wirtschaftsuniversität Wien im Auftrag der Vereinigung Österreichischer Industrieller der Bundeswirtschaftskammer und der Österreichischen Investitionskredit Wien 1993
- Aiginger K., Hutschenreiter, G.** „Förderungsberichte als Instrument der Effizienzkontrolle“ in Gantner M. (Hrsg.) Handbuch des öffentlichen Haushaltswesens Manz Wien 1991 S 183-201
- Aiginger K. (Projektleiter), Hutschenreiter G., Geldner N., Jeglitsch H., Palme G., Szopo P.** Die gemeinsamen regionalen Sonderförderungsaktionen des Bundes und der Länder WIFO Wien 1989
- Bayer K.** „EG-Binnenmarkt und Wettbewerbsstärke der österreichischen Sachgütererzeugung“ WIFO-Monatsberichte 1991 64(8) S 484-491
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen Industriepolitik III** Wien 1991
- Coffey W J., McRae J J.** Service Industries in Regional Development Institute for Research on Public Policy Halifax Nova Scotia 1989
- Coffey W J., Polese M.** „Producer Services and Regional Development: A Policy-oriented Perspective“ Papers of the Regional Science Association 1989 S 13-27
- Cuny R H., Stauder J.** „Lokale und regionale Netzwerke“ Wirtschaftsdienst 1993 (3) S 150-157
- Griller St.** (Hrsg.) „Auf dem Weg zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion?“ Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Europafragen 1993 (8)
- Hahn, F R.** (1993A), „Theoriegrundlagen moderner Industriepolitik“ WIFO Working Papers 1993 (60)
- Hahn F R.** (1993B) „Neuere Entwicklungen in der Wachstumsökonomie“ WIFO-Monatsberichte 1993 66(8) S 432-438
- Hilpert, U.** „Regional Policy in the Process of Industrial Modernization: The Decentralization of Innovation by the Regionalization of High Tech?“ in Hilpert, U. (Hrsg.) Regional Innovation and Decentralization. High Tech Industry and Government Policy Routledge London-New York 1991 S 3-34
- Hutschenreiter G.** Evaluierung der Technologieförderungsprogramme der Bundesregierung 1985/1987 WIFO Wien 1991
- Hutschenreiter G.** „Neue Ansätze zu einer Industriepolitik der EG“ WIFO-Monatsberichte 1993 66(5)
- Klodt H., Stehn, J.** et al., „Die Strukturpolitik der EG“ Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Kieler Studien 1992 (249)
- Marshall J N., Bachtler J.** „Services and Regional Policy“ Regional Studies 1987 (5) S 471-475
- OECD Industrial Policy in OECD Countries Annual Review 1989** Paris 1989
- OECD Industrial Policy in OECD Countries Annual Review 1990** Paris 1990
- OECD Industrial Policy in OECD Countries Annual Review 1992** Paris 1992
- O'Farrell P N., Hitchens D M.** „Producer Services and Regional Development: Key Conceptual Issues of Taxonomy and Quality Measurement“ Regional Studies 1990 (2) S 163-171
- Palme G.** „Entwicklungsstand der Industrieregionen Österreichs“ WIFO-Monatsberichte 1989 62(5) S 331-345
- Palme G.** Wirtschaftskonzept Kärnten Band IV: Ansätze zu einem Wirtschaftskonzept WIFO Wien 1992
- Reuter, J.** „Hohe Anforderungen an die Regionalpolitik im EG-Binnenmarkt“ IFO-Schnelldienst 1991 35-36 S 31-38
- Röttlinger M., Weyringer C.** Handbuch der europäischen Integration Manz Wien 1991
- Schoneweg E.** „Regionalpolitik“ in Röttlinger — Weyringer (1991) S 777-806
- Tödting-Schönhofer, H., Tödting F.** „Europäischer Binnenmarkt aus regionalpolitischer Sicht“ Wirtschaft und Gesellschaft 1991 17(4) S 521-543
- Tondl, G.** „Herausforderungen für die EG-Regionalpolitik in den 90er Jahren“ in Griller (1993) S 131-193
- UNCTAD Services and Development Potential: The Indian Context** New York 1989
- Werner G.** „Regionalpolitische Konsequenzen der europäischen Integration“ Wirtschaftsdienst 1992 (11) S 581-589